

Franz Beuels, Thomas Rensing

Stimmen aus dem Quartier Duisburg-Hochfeld

Klüngelklub – Bürgerverein Hochfeld e.V. und Armutsmigration aus Südosteuropa



In Duisburg-Hochfeld findet bereits seit einigen Jahren eine kleine Völkerwanderung statt. Von Südosteuropa, insbesondere aus Bulgarien und Rumänien, wandern ständig neue Menschen zu, bei denen es sich zum Großteil um Roma handelt. Diese Roma kommen, zumindest was die größere Anzahl betrifft, aus Orten in Bulgarien, in denen auch türkisch gesprochen wird. Insofern bildet die Sprache eine Brücke in den Stadtteil, da es sich bei Duisburg-Hochfeld in erster Linie um einen „deutsch-türkischen“ Stadtteil handelt, in dem es zudem, wie in vielen anderen Stadtteilen, die zum Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ gehören, preiswerten Wohnraum gibt. Insgesamt liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Duisburg-Hochfeld bei rund zwei Dritteln.

Das besondere an dieser Zuwanderung ist, dass es sich dabei nicht um einen Flüchtlingsstrom aus fernen Ländern handelt, sondern um eine europäische Binnenwanderung, um einen Wanderungsstrom von einem EU-Land in ein anderes, um eine Wanderung, die ganz wesentlich auf Armut beruht. Auch wenn die Europäische Kommission in Person ihres Sozialkommissars Laszlo Andor noch ganz aktuell in Zweifel zieht, dass es innerhalb der EU tatsächlich ein Problem von Armutseinwanderung gibt (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.03.2013), sprechen die Zahlen eine andere Sprache.

Im Zeitraum von Ende 2008 bis Ende 2013 ist die Zahl der in Duisburg lebenden Bulgaren und Rumänen von rund 1.400 auf rund 10.200 gestiegen, hat sich also mithin etwa versiebenfacht. Angesichts des auch Ende 2013 noch relativ geringen Anteils von etwa 2% an der Gesamtbevölkerung der Stadt Duisburg scheint dieser Tatbestand kaum erwähnenswert (vgl. Abb. 1). Ein Blick in den Stadtteil zeigt jedoch ein völlig anderes Bild: In Duisburg-Hochfeld hat sich im gleichen Fünfjahreszeitraum die Anzahl der Zuwanderer aus Südosteuropa von rund 600 auf etwa 2.900 Personen und damit auf einen Anteil von 16,8% der rund 17.000 Einwohner Hochfelds erhöht. Damit kommt aktuell in Duisburg-Hochfeld nahezu jeder fünfte Einwohner aus Bulgarien oder Rumänien, Tendenz steigend. Laut Aussage des Stadtteilmanagements hat dies zu einer verstärkten Abwanderung von Einwohnern mit türkischem Migrationshintergrund geführt.

Wer die Sozialstruktur in Duisburg-Hochfeld kennt (vgl. dazu z. B. Entwicklungsgesellschaft Duisburg 2000 oder Stadt Duis-

burg 2013), weiß, dass es sich bei diesen zugewanderten Menschen nicht um jene 1 bis 2% handelt, die insgesamt aus Südosteuropa in den letzten Jahrzehnten in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind und bei denen es sich fast ausschließlich um Akademiker oder gut ausgebildete Fachkräfte handeln soll. Dieses Argument, das von den selbsternannten „Gutmenschen“ häufig ins Feld geführt wird, mag zwar in seiner Quantifizierung richtig sein, ist aber ansonsten nur geeignet, von den wahren Verhältnisse in einigen deutschen Großstadt-Stadtteilen abzulenken¹. So sind von den 800 Rumänen und Bulgaren in Duisburg, die zu ihrer selbständigen Tätigkeit, vor allem im Bereich des Handwerks, bereits heute zusätzliche Hartz-IV-Leistungen erhalten, 90% ohne beruflichen Abschluss (Neue-Ruhr-Zeitung [NRZ] Nr. 6 vom 08.01.2014). Nach Meinung des Duisburger Arbeitsagentur-Chefs werde insofern die Nachfrage nach niedrigqualifizierten Jobs alle Beteiligten in Zukunft vor große Herausforderungen stellen.

Kommunale Herausforderungen

Im Prinzip steht die EU in der Verantwortung, die Armutsmigration in den Herkunftsländern zu bekämpfen. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass in den Herkunftsländern Mittel in Milliardenhöhe zur Bekämpfung der Probleme von

¹ Da es bis Ende 2013 keine Freizügigkeit gegenüber EU-Ländern wie Bulgarien oder Rumänien gab und die Zugewanderten aus diesen Ländern im Prinzip gar keine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausführen durften, stellt sich zudem die Frage, woher diese Zahlen zur Qualifikation der Zugewanderten aus Südosteuropa stammen und ob in diesem Zahlenwerk überhaupt die Gesamtheit der Zuwandererten enthalten ist.

Armut und Ausgrenzung zur Verfügung stehen, die aber bislang kaum genutzt werden. Aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds stehen für Rumänien in der auslaufenden Förderperiode 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung, von denen erst 8,7% abgerufen wurden. Bulgarien hatte 1 Milliarde Euro zur Verfügung, von denen bislang erst ca. 20% in Anspruch genommen wurden. Hier entsteht der Eindruck, dass diese Länder ihre Probleme mit der Minderheit der Roma in andere Länder abschieben wollen. Ja, insgesamt muss sich die EU den Vorwurf gefallen lassen, dass die bestehenden Probleme für die Minderheit der Roma nur von einem Land ins andere verschoben werden, ohne für sie eine Gleichberechtigung und Integration anzustreben. Keinen Handlungsbedarf sah auch die Bundesregierung. So landen die Probleme in Städten wie zum Beispiel Duisburg, die angesichts ihrer maroden Haushaltslage über keinerlei Finanzmittel zur Lösung verfügen.

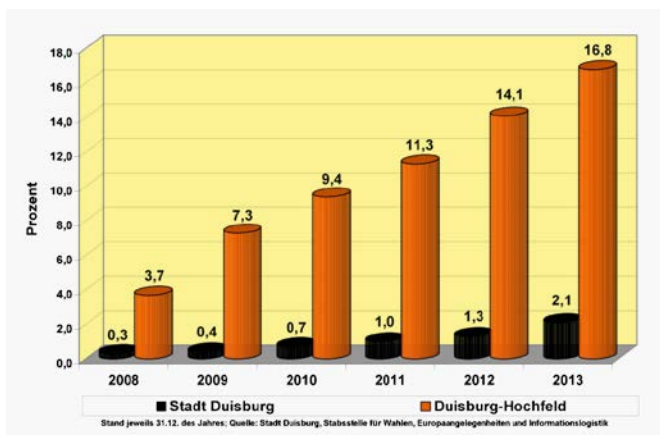


Abb. 1: Anteil der Bulgaren und Rumänen an der Bevölkerung in Duisburg und in Duisburg-Hochfeld

Auch in der Stadtverwaltung Duisburg wurde die Problematik der Zuwanderung aus Südosteuropa unter der Ägide eines Oberbürgermeisters Adolf Sauerland schlichtweg totgeschwiegen. Alle Schreiben und Initiativen des Klüngelklub – Bürgerverein Hochfeld e.V.² und des Runden Tisches Hochfeld³ an die Stadt Duisburg blieben unbeantwortet, wurden in ihrer Zuständigkeit an jeweils andere Stellen der Stadt verwiesen oder eine Bearbeitung in naher Zukunft in Aussicht gestellt, ohne das dererlei jemals geschah. Selbst eine Veranstaltung des Klüngelklubs Ende Oktober 2011 mit dem Thema Zuwanderung aus Südosteuropa, die eine überaus große Resonanz in der Bevölkerung fand, litt noch unter zahlreichen, unerwarteten ganz plötzlichen Absagen kommunaler Vertreter (Klüngelklub 2012).

Auf kommunaler Ebene kam in Duisburg die Frage des Umgangs mit der zunehmenden Zuwanderung aus Südosteuropa

² Der Klüngelklub – Bürgerverein Hochfeld e.V. ist aus einem vorherigen freien und nicht vereinsgebundenen Zusammenschluss von Hauseigentümern in Duisburg-Hochfeld hervorgegangen und im März 2013 gegründet worden.

³ Beim Runden Tisch Hochfeld handelt es sich um ein Stadtteilgremium, in dem neben Bürgern auch Vertreter von Institutionen (Kindergärten, Schulen etc. aus dem Stadtteil), Wohlfahrtsverbänden, freien Initiativen etc. vertreten sind.

erst durch einen gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke in Bewegung, gut 1½ Jahre nachdem durch zahlreiche Briefe der betroffenen Bürger an die Stadt auf die Problematik hingewiesen worden war. Mitte 2011 wurde die Verwaltung beauftragt, ein gesamtstädtisches Handlungskonzept zum Umgang mit der Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa zu erarbeiten. Im Ratsbeschluss heißt es dazu ausdrücklich, dass die Erarbeitung dieses Konzept durch einen Runden Tisch zu begleiten sei. Unter anderem werden als Teilnehmer dieses Runden Tisches auch Vertreter der Betroffenen als relevante Akteure benannt. Alteingesessene Bürgerinnen oder Bürger aus den Stadtteilen, wie etwa die Mitglieder des Klüngelklubs, wurden dazu aber nie eingeladen.

Bewohnerbeteiligung?

Das Handlungskonzept zum Umgang mit der Zuwanderung aus Südosteuropa mündete bei der Stadt Duisburg – trotz des Eingeständnisses, dass es vor dem Hintergrund der Finanzsituation der Stadt nicht umsetzbar sei – in ein Projekt mit verschiedenen Arbeitsgruppen ein. In diesem Projekt, so heißt es seitens der Stadt Duisburg, werde es angesichts der mangelnden Vorbereitung der neu Zugezogenen auf das Leben in Deutschland darum gehen müssen, „Armutskriminalität zu bekämpfen, Mindeststandards des (Zusammen-)Lebens in Duisburg zu gewährleisten und für die zukunftsfähige Integration in die Stadtgesellschaft zu sorgen.“⁴ Im Rahmen der dort gebildeten sieben Arbeitsgruppen wurden nur der Runde Tisch Hochfeld in das Teilprojekt „Gesellschaftliches Engagement/Dialogarbeit“ einberufen. Eine Beteiligung von Bürgern des Klüngelklubs erfolgte, trotz mehrmaliger Nachfrage, nicht. Auch von der Projektgruppe „Umgang mit Problemimmobilien“ blieb der Klüngelklub, als Zusammenschluss von Hochfelder Hauseigentümern (heute Bürgerverein e.V.), ausgeschlossen.

Dies gilt im Übrigen auch für den Besuch hochrangiger Persönlichkeiten in Duisburg-Hochfeld. Sowohl beim Besuch des Bundespräsidenten Joachim Gauck als auch jüngst beim Besuch des EU-Sozialkommissars László Andor fand trotz Aufforderung durch den Klüngelklub, unter anderem zu einem gemeinsamen Stadtteilrundgang, kein Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern des Stadtteils statt. Die Integrationsanforderungen waren in Duisburg-Hochfeld, bei insgesamt über 100 Nationen, schon immer groß. Der Zuzug von armen Menschen aus Südosteuropa wird die soziale Ungleichheit insgesamt noch vorantreiben. Die OECD hat festgestellt, dass in keinem anderen Industrieland Armut und soziale Ungleichheit in den letzten Jahren so stark zugenommen haben wie in Deutschland. Und diese Armut konzentriert sich fast immer in den Stadtteilen, wo die meisten Ausländer leben, „denn da, wo heute die meisten Ausländer leben, leben auch die

⁴ Vgl. Projektverfügung des Dezernats Oberbürgermeister „Zuwanderung aus Südosteuropa“ vom 31.03.2013.



meisten armen ‚Inländer‘ und dort gibt es mittlerweile auch die meisten Kinder.“ (Strohmeier o.J.)

Überforderte Nachbarschaften

Dieser Zustand, der auch mit dem Begriff Segregation umschrieben wird, wird ganz wesentlich über den Wohnungsmarkt gesteuert. Die Konzentration von Armen, Arbeitslosen, Zugewanderten bei gleichzeitiger Abwanderung derjenigen, die es sich noch leisten können, geschieht in den Stadtteilen, in denen Wohnungen entsprechend preiswert sind. Es entstehen dadurch fast zwangsläufig überforderte Nachbarschaften, da der immer neue Zuzug von (armen) Menschen (ausländischer) Herkunft Integrationsleistungen erfordert, die die verbliebenen Deutschen und die langeingesessenen Migranten kaum mehr bewältigen können. Es ergibt sich ein Gemisch, das sozialen Sprengstoff in sich birgt.



Abb. 2: Klaukids – jetzt übertreiben sie aber! Stehlen uns sogar das Laub von der Straße! (Foto: Klüngelklub)

Die Zuwanderung aus Südosteuropa wirft nicht nur integrationspolitische Fragen auf, wie etwa die Integration von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Kindertagespflege oder der Schule. Es stellt sich auch die Frage, wie die erwachsenen Zuwanderer in den Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt bzw. in das hiesige gesellschaftliche Leben eingegliedert werden sollen. Hinzu kommen Probleme, die zum Teil durch die Zugewanderten und deren defizitäres Sozialverhalten mit verursacht werden, etwa gewissen Verwahrlosungstendenzen in Form einer inzwischen nicht mehr übersehbaren Zunahme der Vermüllung von Straßen und Hinterhöfen. Zudem gibt es ganz eindeutig Profiteure, die in Form von Tagelöhneri, Wohnungsüberbelegung, verdeckter und offener Prostitution von diesen Zugewanderten profitieren, und zwar vor den Augen der Öffentlichkeit, ohne dass von öffentlichen Instanzen darauf angemessen reagiert würde. Zudem gibt es zu wenige Informationen über die Zugereisten, die schon wegen ihrer fehlenden deutschen Sprachkenntnisse kaum am Stadtteilleben teilnehmen können und zu wenig über die Anforderungen und Gepflogenheiten des Lebens in Deutschland wissen.

Der Klüngelklub – Bürgerverein Hochfeld e.V. hat schon von Beginn an den Vorschlag gemacht, eine zentrale Anlaufstelle bei der Stadtverwaltung („Clearing-Stelle“) einzurichten, um die Lebens-, aber auch die Schul- und Ausbildungssituation der Zuwanderer in Erfahrung zu bringen. Integration kann nur dort ansetzen, wo die Menschen stehen, um vor allem Bildung (Kindergarten, Schule, Alphabetisierung, Berufsvorbereitung) als die zentrale Grundvoraussetzung für die Bekämpfung der Armut in Gang zu setzen. Integration setzt darüber hinaus eine ausreichende Gesundheitsversorgung und eine zufriedenstellende Wohnsituation voraus.

Integration kann nicht ohne den Einsatz von aufsuchenden, dialogorientierten Hilfen (Integrationslotsen, Stadtteilmütter, Sprach- und Integrationsvermittler, interkulturelle Begegnungen etc.) gelingen. Der Klüngelklub – Bürgerverein Hochfeld e.V. hat häufiger versucht, Vertreter und Angehörige der Roma zu seinen Sitzungen oder zu informellen Treffen einzuladen. Diesen Versuch gab es auch in Bezug auf musikalische Darbietungen, zum Beispiel im Rahmen eines Straßenfestes. Einige Treffen kamen zustande, andere scheiterten an einer gewissen terminlichen Unzuverlässigkeit der Zielgruppe. Im Rahmen einer Lesung mit Rolf Bauerdick, dem Verfasser des Buchs „Zigeuner – Begegnungen mit einem ungeliebten Volk“, umrahmt von traditioneller Romamusik des in Duisburg ansässigen mazedonischen Rom Mustafa Zekirov wird im März 2014 versucht, diesen Weg weiter zu verfolgen.

Umgang mit der Wohnungsversorgung

In Bezug auf die Wohnsituation ist ein Vorgehen gegen sogenannte „Problemhäuser“, die, meist heruntergekommen, teilweise ohne Wasser- und/oder Stromversorgung und mit Menschen überbelegt sind, bzw. gegen deren Eigentümer, dringend erforderlich. Der Klüngelklub hat, zusammen mit anderen Akteuren, vorgeschlagen, im Rahmen eines Genossenschaftsmodells in Anbindung an die städtische Wohnungsbaugesellschaft solche Problemimmobilien aufzukaufen, zu sanieren und „kontrolliert“ wieder dem Markt zugänglich zu machen. Ebenso wurde der Vorschlag unterbreitet, im Rahmen eines Modellprojekts eine sogenannte „Schrottimmoblie“ aufzukaufen, mit der Arbeitsleistung der Zuwanderer herzurichten, um ihnen anschließend dort preiswerten Wohnraum zur Selbstnutzung zur Verfügung zu stellen. All diese Anliegen, die schriftlich an die Stadt Duisburg sowie an das zuständige Landesministerium gestellt wurden, blieben gänzlich unbeantwortet.

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen erwarten größere Eingriffsmöglichkeiten auf verwahrlosten Wohnraum durch ein in Vorbereitung befindliches „Gesetz zur Neuregelung des Wohnungsaufsichtsrechts und einer wohnraumrechtlichen Vorschrift“. Der Überbelegung und der Verwahrlosung von Wohnraum soll damit entgegengewirkt werden. Es stellt sich allerdings die Frage, sollte dieses Gesetz jemals in Kraft



treten⁵, wer dieses Gesetz dann in die Praxis umsetzt. In Bezug auf die sogenannten „Schrottimmobilien“, wie auch in anderen Bereichen (z. B. Schwarzarbeit zu Hungerlöhnen) zeigt sich, dass ein Vorgehen vor allem an dem mangelnden Eingriffswillen und an der mangelnden Bereitschaft zur Kooperation verschiedener städtischen Behörden untereinander scheitert. Gegenmaßnahmen können an dieser Stelle nur Erfolg haben, wenn es gelingt, dass alle kommunalen und öffentlichen Einrichtungen wirksam und effektiv, in Form einer „Task Force“ zusammenarbeiten.

Rechte und Pflichten

Integration kann letztendlich aber nur Erfolg haben, wenn die Zuwanderer aus Südosteuropa sich dafür entscheiden, länger zu bleiben und Integration auch als eine eigene Aufgabe ansehen. Dies gilt auch für die Roma, gleich, ob sie sich innerhalb ihres 600- bis 800-jährigen Aufenthalts in Südosteuropa nicht integrieren konnten oder wollten oder von der Mehrheitsbevölkerung ausgestoßen wurden. Wie lange wird die Integration dieser Gruppe in Deutschland dauern und wie ist der Eigenanteil dieser Gruppe an der Integrationsarbeit zu definieren? Was ist von den Zuwanderern selbst zu fordern? Der Integrationswegweiser „Willkommen in Duisburg“ der Internationalen Initiative Hochfeld in Duisburg weist zu diesem Bereich sehr umfangreich auf alle möglichen Rechte hin, gibt aber in keinerlei Hinsicht Hinweise auf mögliche Pflichten (Integrationsagentur der Internationale Initiative Hochfeld e. V. 2013).

Schließlich stellt sich die Frage, wieso das Expertenwissen der Menschen vor Ort (Architekten, Ingenieure, Juristen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Lehrer, Sozialarbeiter u. a.), die sich in Duisburg-Hochfeld bürgerschaftlich engagieren und die Verhältnisse im Quartier aufs Beste kennen, von den kommunalen und öffentlichen Einrichtungen nicht stärker in die Arbeit mit den Zuwanderern eingebunden wird.

Franz Beuels, Thomas Rensing

Klüngelklub – Bürgerverein Hochfeld e.V., Duisburg

Quellen:

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.03.2013

Entwicklungsgesellschaft Duisburg (Hrsg.) (2000): Integriertes Handlungsprogramm für die Stadteilerneuerung in Duisburg-Hochfeld, Duisburg

Stadt Duisburg, der Oberbürgermeister, Amt für Soziales und Wohnen und Jugendamt (Hrsg.) (2013): Sozialbericht Duisburg 2012, Duisburg/Bremen

Neue-Ruhr-Zeitung (NRZ) Nr. 6 vom 08.01.2014

Klüngelklub (Hrsg.) (2012): Zuwanderung aus Südosteuropa in Duisburg-Hochfeld, Dokumentation zu „Respekt! Hochfeld III“, Duisburg

Strohmeier, K.P. (o.J.): Segregierte Armut in den Städten – Strategien sozial integrativer lokaler Politik, in: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.), Demographie konkret – Handlungsansätze für die kommunale Praxis, Gütersloh (o. J.), S. 17-23

Integrationsagentur der Internationale Initiative Hochfeld e.V. (Hrsg.) (2013): Willkommen in Duisburg. Wegweiser für Neu-EU-Bürger/innen aus Bulgarien und Rumänien in Duisburg, Duisburg

⁵ Dieses sogenannte Wohnungsaufsichtsgesetz war eigentlich schon für den Sommer 2013 angekündigt.

Vorankündigung

Städtische Freiräume für Sport, Spiel und Bewegung

Jahrestagung 2014 der Kommission Sport und Raum der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaft dvs

am 29. und 30. September 2014 in Mannheim

Im Zeichen sich verändernder Städte bedarf es einer umfassenden und fundierten Analyse und strategischer Ansätze, Freiräume für Spiel, Sport und Bewegung zu identifizieren, zu sichern, zu bewerten, zu gestalten und mit Leben zu füllen. Die Tagung richtet sich nicht nur an Sportwissenschaftler, sondern auch an Stadtplaner und -entwickler in Kommunen, Landkreisen, Gemeinden. Anstelle von konkreten Themen stellt die Kommission themenbezogenen Fragen an Interessierte, die auf diesem Gebiet bereits arbeiten oder sich ange-regt fühlen, das Thema neu aufzugreifen. Wir wünschen uns eine inhaltliche Auseinandersetzung mit folgenden Themen-gebieten (Fragen):

- Sinn und Bedeutung „städtischer Freiräume“
- „Städtische Freiräume“ und das Bewegungsverhalten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen
- Sportorganisationen und städtische Freiraumentwicklung
- Bewegungsorientierte Freiräume und nachhaltige Stadtentwicklung

Weitere Themen und Fragestellungen sind denkbar und willkommen.

Programm:

Das genaue Tagungsprogramm wird ab dem 1. Juni 2014 vorliegen. Wir informieren aber zwischenzeitlich über Eckpunkte des Programms. Die Tagung findet in Kooperation mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und der Stadt Mannheim vom 29.09. bis 30.09.2014 statt.

Kontakt:

Prof. Dr. Robin Kähler

Sprecher der dvs-Kommission „Sport und Raum“

Universität zu Kiel

Tel.: (0174) 200 3036

E-Mail: robin.kaehler@web.de

Alle **Informationen:** finden Sie hier:

www.sportwissenschaft.de/index.php?id=sportundraum

Deutsche Vereinigung für Sportwissenschaft

